

# Mahnruf

Kampfblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Graa, Elisabethergasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 18 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Wincenzgasse Nr. 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 8-10 Uhr abends Gasthaus Kimmischer, IX., Bognergasse 12. — Eingeladene Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

**Graz**      **Wien**  
**August — September 1929**  
**Nr. 7**      **1. Jahrg.**

Bezugspreise: Im Monatsabonnement mit Postzustellung wird jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Einzelverkauf mit 15 Groschen. Das Vierteljahresabonnement mit Postzustellung beträgt S. 1.40. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland RM. —.80. Die Bezugspreise sind im vorhinein zu entrichten. — Postpartienkonto Nr. 69271.

## „Es kommt der Tag, wo das Volk erwacht, das mächtige, große und starke . . .“!

Die Lehren des Montags von St. Lorenzen. — Die Zeit der Hakenjagd auf Arbeiter ist vorbei. — Hört nicht auf das Geldwölz der SP.-Führer. — Was muß das Proletariat tun!

Am 18. August hat die Heimwehr der feierlichen Arbeiter eine Schlacht geliefert. Sie haben geglaubt, die Herren Priemer, Steible und Rauter, sie werden wieder, wie schon oft, unbewaffnete Arbeiter kampflustig niederknuppeln, niederschließen können. Diesmal aber haben sie sich geirrt.

Die Arbeiter von St. Lorenzen, von Brud, sie haben sich nicht zu Paaren treiben lassen. Sie haben sich zur Wehr gesetzt. Sie haben gekämpft, mit unerbittlicher Fähigkeit, mit revolutionärem Elan. Das ist das Neue in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes.

Bis zum 15. Juli haben sich die Arbeiter kampflustig niederknuppeln lassen. Die Niederlage vom 15. Juli hatte monatelang eine tiefe Niedergeschlagenheit im Proletariat zur Folge.

Die Herbstoffensive (1928) des Faschismus hat das Proletariat aufgerüttelt. Die starke Massenbewegung vor dem 7. Oktober (Dr. Neustadt) im Industriegebiet des Steinfeldes war der Auftakt. Seitdem steigt die Abwehrbereitschaft in den Massen (Mafsenberg, Pottendorf). Die Zeit des kampflustigen Rückzuges der Arbeiterkraft vor den Mordebanden des Faschismus geht zu Ende.

St. Lorenzen ist ein gewaltiger Fortschritt im Wehrkampf des Proletariats. Das haben die Faschisten nicht erwartet. Sie hatten

planmäßig die Abschachtung wehrloser Arbeiter vorbereitet. Sie hatten Gewehre und Maschinengewehre gefachtert, sie haben mit kriegsmäßigen Waffen die Kundgebung der Arbeiter von St. Lorenzen in ein Blutbad verwandelt. Aber alle ihre Waffen haben nicht vermocht, den Arbeitern von St. Lorenzen Furcht einzujagen. Kraftvoll und mutig haben sie sich den Mordebanden des Faschismus entgegengestellt.

Das ist die wichtigste Lehre von St. Lorenzen. Und dennoch — aller Heldennut der Arbeiter konnte sie nicht davon bewahren, daß zwei gute, revolutionäre Arbeiter auf der Straße blieben. Aller Heldennut der Arbeiter reicht nicht aus, um dem Faschismus eine wirkliche und entscheidende Niederlage zuzufügen. Daß die Arbeiter überhaupt den Kampf aufgenommen haben, das ist viel, das ist das Erhebende bei diesem Montags von St. Lorenzen.

Aber aller Heldennut ist zu wenig, wenn dem Mut der Arbeiter die Maschinengewehre der Heimwehren gegenüberstehen. Zum Sieg gehört nicht nur

die Kampfbereitschaft. Zum Sieg gehört, daß die Arbeiter stets und offen die Heimwehr mit ganz denselben Waffen bekämpfen, die die Heimwehren gegen das Proletariat anwenden.

Wo jedes Dorf mit Maschinengewehren der Heimwehr gepickt ist, da genügt es nicht, wenn jeder Arbeiter von Mut und brennendem Haß gegen den Faschismus erfüllt ist. Ihr versteht? . . . Aber das ist nicht die letzte Lehre von St. Lorenzen. Was uns St. Lorenzen von neuem bewies, das ist, daß uns die Politik der sozialdemokratischen Führer immer und immer wieder eine Meißel des Faschismus liefert. Voll schamloser Betrugensfertigkeit haben die SP.-Führer von Steiermark keine Abwehrmaßnahmen getroffen, da die Heimwehren ja „versprochen“ hatten, nichts zu tun. Und als sie sahen, wieviel wert diese „Versprechungen“ sind, da setzten sie ihre Kraft dafür ein, daß die Arbeiter am Montag darauf nicht den Kampf in ganz Oesterreich aufnehmen, da verhindern sie in Wien und Graz die Protestaktion in den Betrieben. Aber nicht genug damit! Sie täuschen vor, als ob die Regierung „zu schwach“ wäre, um die Heimwehren zu erwaffen.

Das ist der größte Betrug. Diese Regierung ist nicht „zu schwach“, sondern sie ist so stark, daß sie es wagt, offen die Heimwehren zu unterstützen. Diese Regierung — sie wird repräsentiert durch die Hinteln, Streeruwitz und Stumpf, die ganz offen den Faschismus organisieren.

Zur gleichen Stunde, da in St. Lorenzen die Maschinengewehre der Heimwehren knatterten, hielt der Landeshauptmann von Tirol, Dr. Stumpf, eine Rede, in der er offen erklärte:

„Für uns in Tirol war es deshalb auch nie ein Problem, daß die gestimmte Gewalt im Verein mit der freiwilligen Heimwehrorganisation vorgehen sollte. Wir werden auch in Zukunft alles daran setzen, daß dieses Zusammenhalten gewahrt bleibt und daß wir das erreichen, was die Heimwehren sich auf ihre Fahnen geschrieben haben: „Wahre Freiheit und wahrer Volksfriede.“

Genügt das, um zu beweisen, daß die Regierung und die Heimwehren unlösbar zusammengehören als eine doppeltschneidige Waffe in der Hand des österreichischen Kapitals? Hört nicht auf das Geschwätz der SP.-Führer, die auch immer und immer zurückhalten wollen! Seht euch noch entschlossener, noch planmäßiger zur Wehr.

Duldet die Faschisten nicht im Betrieb!  
Schlagt die Faschisten mit denselben Mitteln, mit denen sie euch bekämpfen!

## Teuerung und Löhne.

Schlag auf Schlag faßt die Hungerpeitsche auf das Proletariat nieder. Begonnen hat die Teuerungswelle mit der Erhöhung der Zölle und Eisenbahntarife. Dann folgte die heuchlerische Veterinärverordnung, um die Einfuhr von polnischen Schweinen und Rindern zu verhindern. Mit der Fleischverteuerung zogen fast alle Preise der übrigen Lebensmittel an. Von Jahr zu Jahr sinkt die Kaufkraft des Schilling, die Löhne und Gehälter der Angestellten und Arbeiter reichen kaum aus, um die einfachsten Lebensmittel zu kaufen. Die Wiener Arbeiterkammer stellt auf Grund ihrer statistischen Daten fest, daß der Fleischverbrauch um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken ist. Fleisch ist im Haushalt des Arbeiters eine Seltenheit geworden. Der mit vieler Mühe von der proletarischen Hausfrau ausgelegte Speiseteller hat neuerlich einen Staus erhalten. Die Fingergüter haben am 1. August ihre Rechnung präsentiert. Der Wochenlohn eines Hilfsarbeiters wird vom Staat, Land und Gemeinde in Form von Steuern und Hausrenten für die elenden Mietshöhlen verschlungen. Der Großteil der feierlichen Arbeiter, die in den Bergwerken, Hütten, Walzwerken und Werkstätten schuften, lebt tief unter dem Existenzminimum, geht physisch zugrunde; sie können ihrem Körper nicht soviel Nahrung zuführen, um die verbrauchten Nährstoffe ersetzen zu können. Krieg, Unterernährung, die an die Kriegszeit erinnern, sind wieder zur allgemeinen Erscheinung der Gegenwart geworden. Ein für unsere Kinder so wichtiges Nahrungsmittel wie Obst ist für breite Schichten der Werktätigen unerschwinglich.

Die Händler und Kaufleute, Großagrarien und Börsenspekulanten verwandeln den Hunger der großen Massen in klingendes Geld. Bei jeder Preissteigerung winken neue Profite. Regierung und die parlamentarischen Parteien treiben ein demagogisches Spiel. Die Regierung verteuert, um der „notleidenden“ Landwirtschaft zu helfen, die Sozialdemokratie sabotiert jeden Kampf gegen die wucherische Teuerung. Dort, wo sie die Mehrheit hat, in der Gemeinde Wien, verteuert sie ebenso die Bedarfsartikel der Massen wie die Regierung. (Straßenbahn, Wasser.)

Die Heimwehren fischen im Trüben. Mit radikalen und demagogischen Phrasen, mit talmudistischen Versprechungen versuchen sie den Strom der Unzufriedenheit in den Arbeitermassen auf ihre Mühle zu treiben. Die feige Kapitalisations- und Koalitionspolitik der SP.-Führer hat in großen Teilen der Arbeiterkraft das Vertrauen auf ihre eigene Kraft, die Hoffnung auf die revolutionäre Kraft des Sozialismus untergraben.

In unzähligen Lohnkämpfen wurden die feierlichen Arbeiter um den Früchte ihres Kampfes betrogen oder, wehrlos von den Gewerkschaftsbürokraten den Unternehmern ausgeliefert. Die Massenarbeitslosigkeit hat das dazu beigetragen, um schwankende und zweifelnde Arbeiter dem Unternehmer- und Heimwehrterror auszuliefern.

Die soziale Demagogie der Hakenführer hat ihren ersten Stoß erhalten durch den Vertrag mit der Alpine in Donawitz.

Die Langer und Lichtenegger haben den Alpine-Arbeitern einen Sklavenvertrag präsentiert, der den letzten erblichen Arbeitern die Augen öffnen muß. Die Arbeitsverhältnisse bei der Alpine gleichen den Zuständen in einem Kriegsgefangenenlager.

Es gilt die Teuerungsalwine der Bourgeoisie mit Lohnforderungen zu beantworten. Der beste

## Ein Mahnenwasserzemplung in Graz.

Samstag, den 17. August, zwischen halb 8 und 8 Uhr abends fuhrten zirka 150 Heimwehler in Lastautos durch Graz über den Bendplatz, Wienerstraße, nach Ödting zu einer Geländebildung.

Die Hakenführer wurden mit „Fui“, Arbeitermärdern empfangen. In der Hadengasse krieg die Erregung der Arbeiterkraft besonders, da die Hakenführer frech wurden. Ein Hagel von Steinen, Nachtschnecken, alten Geschirren, schmutziges Wasser und anderes Gerümpel fauchte aus den Fenstern auf die feierlichen Schädel der Faschisten nieder. Arbeiter setzt den Empfang der Steidischen „Beltsbewegung“ in dieser Weise fort.

## Die Alpine mahregelt.

Im Zusammenhang mit den Vorgängen in St. Lorenzen sind dreißig Vertrauensmänner des Schaubundes und der freien Gewerkschaft gemahregelt worden. Die Mahregelungen werden noch weiter fortgesetzt. Die Arbeiter müssen daraus lernen, daß sie mit denselben Mitteln gegen die faschistischen Brummetzer in den Gemeinde- und Privatbetrieben vorgehen müssen.

**Kampf gegen die soziale Demagogie der Zahmenschwänzer** ist der Kampf um mehr Lohn. Die freigeberisch organisierte Arbeiterschaft muß die Initiative ergreifen. Die schärfste Ablehnung von Seiten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft muß die feige Ausrede der Gewerkschaftsbürokraten erfahren, die behauptet, daß die Gewerkschaften, so lange es Unorganisierte gibt, keine Lohnkämpfe führen könnten.

War nicht die Politik des Paktierens mit den Unternehmern, die reformistisch-staatserkhaltende Taktik der SP-Führer daran schuld, daß so viele Arbeiter, um ihre Forderungen entgegen, den Gewerkschaften den Rücken kehren? Oder ist es verwunderlich, wenn einem Hilfsarbeiter, der 24 bis 28 Schilling verdient, Frau und Kinder zu versorgen hat, beim besten Willen das Geld fehlt, um seinen Beitrag zu leisten?

Die Gewerkschaften haben ja auch vor dem Kriege mit Unorganisierten Lohnkämpfe geführt, um ihnen durch die Erfahrung den Zweck der gewerkschaftlichen Organisation zu beweisen.

Weg mit den bornierten Mägden der Gewerkschaftskretze! Der Kampf gegen die Teuerung und höhere Löhne ist der entscheidende Frontabschnitt in der gegenwärtigen Lage. Der faschistische Kurs der Bourgeoisie ist nur zu brechen, wenn der politische Kampf mit dem Kampf um die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats verbunden wird. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, an euch liegt es! Ihr müßt die Fahne des Kampfes um mehr Lohn aufstellen. Liefert den Unternehmern ein wirtschaftliches St. Lorenzen!

**Die Haager Konferenz.**

Hat der Young-Plan die Höhe und Form der deutschen Kriegsschulden festgelegt, so soll die Haager Konferenz die politischen Fragen (Abeinanderdrängung) einer Lösung zuführen. Gleich zu Beginn der Konferenz brach ein häuslicher Streit im Lager der Ententemächte aus. Snowden, der Finanzminister Englands, hat die Änderung des Aufteilungsschlüssels zugunsten Englands gefordert. 45 Millionen Mark jährlich will Snowden zugunsten Englands von Frankreich und Italien abhandeln. Die sozialdemokratische Presse versucht den Arbeitern vorzumachen, das „standhafte“ Auftreten Snowdens sei von Arbeiterinteressen geleitet, und ganz England stehe hinter Snowden. Jedem Arbeiter wird es befehlend vorkommen, daß die Konserverativen (!) für Snowden Stellung nehmen, wenn dieser Arbeiterinteressen vertritt. Snowden findet den Beifall der Konservativen, weil er die Eintreibung der englischen Kriegsschulden vertritt, wie nie zuvor Chamberlain es tat; statt, wie es sich für einen Sozialisten ziemt würde, für die Streichung sämtlicher Kriegsschulden einzutreten.

Nicht für die englischen Arbeitslosen treibt Snowden die Kriegsschulden ein, sondern für den englischen Kohlenbergbau, dessen Rationalisierung Macdonald in das Regierungsprogramm aufgenommen hat. Was die Baldwin-Regierung wegen der partikularen Tradition der Kohlenbarone nicht vermochte, das hofft Macdonald mit der Rationalisierung des Bergbaus zu erreichen: die Festigung der Macht des englischen Kapitals auf Kosten der englischen Arbeiter.

**Sozialdemokratische Führer und SP-Arbeiter.**

Die Vertrauensmännerkonferenz der SP. nach dem Aufsonntag von St. Lorenzen gibt ein bezeichnendes Bild von den großen Gegensätzen, die in der SP. zwischen den Führern und den Vertrauensmännern bestehen. Daß diese Gegensätze sich nicht entwickeln können, daß die klassenbewußten Arbeiter in der SP. trotz schärfster Kritik, trotz steigender Unzufriedenheit, bleiben, das ist einzig und allein die Schuld unserer kommunistischen Partei, die es nicht versteht, diesen innerlich ringenden Arbeitern zu helfen, sondern sie mit den bekannnten Schlagwörtern, wie „sozialfaschistisch“, vor den Kopf schlägt. Sehen wir es doch alltäglich, wie die jungen Genossen in der kommunistischen Partei — die alten sind entweder ausgeschloffen oder passiv geworden — sozialdemokratische Arbeiter damit überzeugen wollen, daß sie ihnen zurufen: „Mieterschuldverdräger“, „Paragenerzsozialist“ usw.

Wie die sozialdemokratischen Arbeiter wirklich denken, das konnte man auf der Wiener Vertrauensmännerkonferenz am 19. August deutlich erkennen. Es waren die reuesten Anhänger der SP., die diszipliniersten Funktionäre, die sich im Favoritner Arbeiterheim versammelt hatten. Und dennoch — wie abgrundtief untercheiden sich ihre Neben von den jämmerlichen Ervaden

**Steuergeschenke der Gemeinde Wien.**

Was Breitner und Seig bei den Grazer Gemeinderatswahlen nicht erzählt haben.

Auf der ganzen Welt hauiert die Sozialdemokratie mit der sozialdemokratischen Steuerpolitik im roten Wien. Der Ruf von — „Breitners Steuersystem“ — wird bis ins letzte Gebirgsdorf getragen und als „sozialistische“ Großtat der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung gepriesen. In Wirklichkeit stehen die Rathaussozialisten an Respekt vor dem Geldsack dem christlichsozialen Finanzminister nicht nach. Kienböck hob die Börsenabgabe auf und reduzierte die Erbschafts- und Vermögenssteuer auf einen lächerlich geringen Betrag.

Breitner kündigt für das Jahr 1930 eine Ermäßigung der Insektanabgabe, Automobilabgabe und Fürsorgeabgabe für Banken an.

Das Geschrei der bürgerlichen Presse gegen Breitners Steuerfaschismus hat Wiederhall gefunden. Der bürgerlichen Presse soll das Geschäft des Volkstetragens und der Massagenalons, das Anpreisen junger, weiblicher Menschenware durch die Ermäßigung der Insektanabgabe erleichtert werden. Die parasitären Bankgewinne und Lantienmen sollen durch die Ermäßigung der Fürsorgeabgabe offenbar noch erhöht werden.

Den Arbeitern und Angestellten wurden die Straßbahnfahrpreise erhöht — den Reichen soll das Autofahren verbilligt werden.

In den Jahren der steigenden Nationalisierungsgewinne hat die Gemeinde Wien die Wertzuwachsabgabe von 15 auf 6 Prozent (in der höchsten Stufe von 60 auf 25 Prozent) ermäßigt.

Das Märchen von der „harten Besteuerung“ der Besigenden dient den Rathaussozialisten als Deckmantel

für ihre bürgerliche Steuerpolitik. Die gegenwärtigen Steuergeschenke stellen die vor den Wahlen 1927 an die Wiener Geschäftswelt gemachten Steuerbegünstigungen sowie Gas- und Strompreisermäßigungen in den Schatten.

In der Tat, diese Steuergeschenke sind ein Anisfall vor dem Großkapital und seinen faschistischen Banden. Mit Steuergeschenken hoffen die S.P.-Führer das Finanzkapital vor seinem faschistischen Kurs abzubringen.

Welch ein Verrat an der Arbeiterschaft, die unter der Teuerung stöhnt, Welch eine billige Waffe in den Händen der Heimwehren, die mit radikalen Pfaffen gegen den „Marxismus“ der Rathaussozialisten ins Feld ziehen, um den revolutionären Sozialismus bei den indifferenten Massen zu misgreditieren.

Die Sozialdemokratie hat dem Kapital den Singer gereicht und nun muß sie ihm die ganze Hand geben.

Kein Arbeiter wird diese Steuerpolitik verstehen, wenn er nicht erkennt, daß die Sozialdemokratie längst eine bürgerliche Arbeiterpartei geworden ist, die die Interessen des kapitalistischen Staates gegen die Klasseninteressen des Proletariats vertritt.

Die Zweidrittelmehrheit der Sozialdemokratie im Wiener Gemeinderat dient ebenso der kapitalistischen Wirtschaft wie die christlichsoziale Mehrheit im Parlament.

Beide dienen dem Gott Mammon, jeder mit einem anderen Glauben, die Christlichsozialen im Namen der Staatsautorität, die Sozialdemokratie im Namen der Demokratie.

ihrer Führer. Unter jubelnder Zustimmung forderten einzelne Redner, daß mit den Heimwehrlern in den Betrieben Schluß gemacht wird. Marcel forderte dies insbesondere für die häßlichen Betriebe. Der Arbeiter Müller sagte offen, es sei bereits so aus, als würden sich die Arbeiter nicht mehr auf die Straße trauen. Weiß forderte unter härmlichem Weifal die Aufhebung des Wiener Nummernschwebens, das ausschließlich die Arbeiter trifft. Und der Bauarbeiter Weinbl aus Favoriten erklärte offen, die Arbeiter brauchen keine Resolutionen. Nennenswert sei die Proklamierung des Generalstreiks!

Den erregten Arbeitern antwortete Seig Er lehnte alles ab, was die Diskussionsredner gefordert hatten. Und dann wurde einstimmig, bei diesen Stimmeneinstimmungen, die faule Paradedeclaration des Parteivorstandes angenommen. Er spiegelte diese sorgsam gestiebte Konferenz dennoch die tiefe Gärung in den Betrieben wider, aber auch den starken Einfluß, den die SP-Führer noch immer auf die Massen ausüben. All das verhinderte natürlich nicht, daß die Parolen des Zentralkomitees der SPDe. überhaupt kein Gehör fanden. Man muß es offen aussprechen: Die Rolle, die die Partei am Montag, den 19. August spielte, war mehr als lässlich. Da das Jk. und die „A. F.“ keinerlei Verbindung mit den Betrieben haben, waren sie ausschließlich auf die Informationen einer zuverlässigen bürgerlichen Korrespondenz angewiesen. Die umwahren Nachrichten dieser Korrespondenz brachte dann die „A. F.“ als Extranzugabe heraus. Dabei ist diesen ungelesenen Blättern folgendes passiert: Die Korrespondenz, der sie alle Informationen entnehmen, brachte die Nachricht, daß Montag Mittag im häßlichen Elektrizitätswerk, Engerthstraße eine Versammlung stattfinden. Die Redakteure der „A. F.“ „verbesserten“ diese Nachricht, indem sie mitteilten, daß Streikstimmung in der Versammlung herrsche, daß die Arbeiter verlangen, daß mit den Heimwehren Schluß gemacht werde usw. Zum Unglück aber hat diese Versammlung zu Mittag, von der die „A. F.“ am Nachmittag in der Extranzugabe berichtete — überhaupt nicht stattgefunden.

Mit solchen unernster Methoden bedient die Partei den letzten Rest von Achtung, den sie noch besitzt.

**Die industrielle Bezirkskommission überplannt den Bogen . . .**

Ein furchbarer Fall bürokratischer Willkür hat eine Arbeiterin an den Rand der Verzweiflung getrieben. Die Arbeitslose W. M. Ord. Nr. 40.385 sollte auf sechs Monate nach Zeurichland zur Umschulung geschickt werden, um das Füttern von Schweinen und Kühen zu erlernen! Der Beamte, der die Deportierung kommandierte, (berman sich nur bei Strafe der Entziehung der Unterfützung

zurünnen kann) mußte sein Opfer aber doch freilassen, da die Arbeitslose W. M. gemäß seiner Aufforderung nachweisen konnte, daß sie eine eigene Wohnung besitzt. Mit ihr konnten sich mehrere Frauen der Beschäftigung in dem Sauffall entgegen.

Einige Tage darauf bekam die Frau den Bescheid „wegen Verweigerung der Umschulung zur Schiedskommission“. Die Schiedskommission bewilligte am 18. Juni 1929 den Weiterbezug der Unterfützung. „Da laut Erklärung hier eine eigene Wohnung hat“. Nachdem die W. M. ein Monat die Unterfützung bezieht, wird sie am 17. Juli der Schiedskommission vorgeladen und erhielt den Bescheid „wegen Verweigerung der Umschulung“ Entzug der Unterfützung. Am 30. Juli befragt die J. B. K. die Entscheidung der Schiedskommission.

Darauf folgt der Gipfelpunkt der Willkür. Die W. M. bekommt am 20. Juli vom Arbeitslosenamt folgendes Schreiben.

Die gefertigte Stelle stellt fest, daß Sie die Arbeitslosenunterfützung in der Zeit vom 12. Juni 1929 bis 19. Juli 1929 unrechtmäßig bezogen haben.

Sie werden daher aufgefordert, den unrechtmäßig bezogenen Betrag von S. 63,36 beim Steueramt in Graz bis 28. Juli 1929 zu erlegen.

Sollten Sie der ha. Aufforderung bis 28. Juli 1929 nicht nachgekommen sein, wäre die gefertigte Stelle genötigt, allenfalls die Strafanzeige, bezw. die Exekution einzuleiten.

Arbeitslose! Verstehen Sie diese Provokation, diese Verhöhnung eures Stens. Die Frau soll die rechtmäßig von den Arbeitslosenscheidern bewilligte Unterfützung von S. 63,36 zurückzahlen, widrigenfalls ihr mit Exekution gedroht wird. Offenbar will die J. B. K. die Arbeiterin um ihre Wohnung und ihr letztes Hab und Gut bringen, um sie denn in den Sauffall eines deutschen Junkers deportieren zu können. Die deutschen Junker brauchen billige und hilflose Arbeitskräfte.

Gegen diesen neuesten Gewaltstreich der J. B. K. gegen diese schamlosen Erpressungsmethoden gilt es den schärfsten Kampf zu führen.

Das freigewerkschaftliche Arbeitslosenkomitee schläßt. Die Nachhitch und Anpanet in der J. B. K. beden diese Schandtat. Die Gewerkschaften halten sich in Schwigen. Arbeitslose wehrt euch! Geißellose Abwehr gegen diesen neuesten Unterfützungstraub der J. B. K.

**Genossen in Wien!**  
Spendet für den Preßfond. — Laßt nicht die Grazer Genossen alle Sorgen allein tragen!

### Betriebsratswahlen bei Welter.

Die Arbeiter der Waggonfabrik stehen vor einem wichtigen Ereignis, von größter politischer Tragweite. Die „Unabhängige“ Gewerkschaft will eigene Listen aufstellen. Soll es wahr werden, was wir beim Streit im April voraussetzten? Der „Mahnruf“ schrieb damals: „Ihr habt die Festschiffen im Betrieb — unter dem schärfsten Druck der Gewerkschaftsführer — gelassen. Morgen vielleicht, früher oder später, werden es die kleinen Festschiffen sein, aus denen die Donawitzer Brut ausfliegen wird.“ Nur allzu rasch scheinen diese prophetischen Worte recht zu behalten.

Weiter Arbeiter, laßt eure revolutionäre Tradition nicht von den Hahnenschwanzlern beschmutzen. Setzt die Stäuberung des Betriebes von Heimwehseuten, die ihr im Aprilstreik begonnen habt, mit neuer Energie fort. Eine Heimwehliste darf auf keinen Fall zustandekommen. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, an euch liegt es, alle Klassenbewußten Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, geschlossen gegen die Unternehmerföhllinge in den Kampf zu führen.

Wie wir erfahren, wollten die Stalinkommunisten mit den Unorganisierten ebenfalls gegen die freigeberische Liste kandidieren. Eine solche Taktik würde Wasser auf die Mühle der Festschiffen sein. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, mit einem sachlichen, revolutionären Kampfprogramm an der Spitze der freigeberischen Arbeiterschaft den Kampf gegen den Betriebsfaschismus zu führen.

Allerdings erfordert dieser Kampf von den Stalinkommunisten mehr Mut und Sachkenntnis, als sie im Aprilstreik zeigten.

### Ziffernmäßiger Nachweis der Unterstützungs-einstellungen.

Die Industrielle Bezirkskommission gibt öffentlich bekannt, daß mit 31. Juli 6340 Personen im Stadtgebiet Graz im Bezug der Arbeitslosenunterstützung standen, während die Zahl der gesamten Arbeitslosen des Stadtgebietes 10,931 Personen zählt. Es sind demnach 4688 Arbeitslose ohne Unterstützung, und zwar sind es meist Frauen, denen die Industrielle Bezirkskommission mit brutaler Rücksichtslosigkeit die Unterstützung eingestellt hat.

### Von einem „Heimatschützer“ um die Arbeit gebracht.

Der seit 40 Jahren in der Landwirtschaft tätige Arbeiter Schörgi bekam mit seinen beiden Söhnen auf einem Gut in Himberg bei Wien Arbeit. Dort unterstand er dem Heimatschützer Wiesenmüller, der aus Graz gebürtig ist und hier in der Ungargasse 37 wohnte. Da der Arbeiter Schörgi kein Freund der „Heimatschützer“ ist, wurde er vom Wiesenmüller beim Unternehmer verleumdet, daß er von der Landwirtschaft nichts versteht, worauf Schörgi und seine zwei Söhne entlassen wurden. Schörgi klagte den „Heimatschützer“ auf Schadenersatz. „Heimatschützer“ haben vor dem Gericht aber bekanntlich keine Angst, da dort ja ihre Freunde sitzen und so erklärte Wiesenmüller auf die Klage, daß er den Schörgi (der 75 Prozent kriegsinvalid ist) jetzt noch so verprügeln wird, daß er auf Monate ins Spital gehen kann.

### Ein Sittlichkeitsapostel auf der Kanar.

Acht Aerzte der Uebertretung des § 144 verdächtigt.

Der Pfarrer Dr. Thir von Leoben erstattete bei der Grazer Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen acht Aerzte mit der Verdachtsbegründung, daß dieselben strafbare Eingriffe gemacht hätten. Da in seiner Begründung auch ein „starker“ Geburtenrückgang seines Pfarrsprengels angegeben wird, weiß man, wo der Hase im Pfeffer liegt. Den Vertretern der schwarzen Kutte wird bange, daß bei dauerndem Geburtenrückgang ihrer „Seelsorge“ geschäftlich leidet. Je größer die Schär der Schwabe, desto üppiger fließt der Geldstrom in die Säcke des schwarzen Klerus. Da der berüchtigte Dr. Lorenzoni die gerichtsarztliche Untersuchung leitet, wird sie sicher von Erfolg begleitet sein. Dieser wird dafür Sorge tragen, daß alle Arbeiterfrauen entdeckt werden, die nicht willens sind, als Gebärmaschinen zu vegetieren. Während die Drohnen der Gewerkschaft, die Bourgeoisabdammen, sich in kostspieligen Sanatorien die Abtreibungen unter den verschiedensten Titeln vornehmen lassen, verfolgt man die Frauen der arbeitenden Klasse mit der Peitsche des § 144. Das ist die „gottgewollte“ Ordnung.

## Die Polizei will den Zusammenschluß der Grazer Unterstützungsberaubter verhindern.

Von den vielen Arbeitslosen, denen im heurigen Sommer die Unterstützung eingestellt wurde, haben auf die Katurfe, die sie machten, nur wenige die Unterstützung wieder erhalten. Jetzt fangen die Unterstützungsberaubten an, zu begreifen, daß sie sich zusammenschließen müssen, um stärker in der Gemeinschaft, den Kampf um die Wiedererlangung der Unterstützung erfolgreicher aufzunehmen.

Besser allerdings noch, als die Arbeitslosen, begriff es die Industrielle Bezirkskommission, daß der Zusammenschluß der Unterstützungsberaubten in stände sein kann, ihrem Abbau, den sie bis jetzt ungehindert durchführen konnte, einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Deshalb wurde nach einer Aussprache zwischen dem Heimwehorganisationsleiter und dem Leiter der Industriellen Bezirkskommission, die Polizei beauftragt, ein Zusammenkommen der Unterstützungsberaubten zu verhindern.

Die Polizeidirektion schickte auf das hin zum Wirt in der Lazarettgasse, wo am Mittwoch die erste Zusammenkunft der Unterstützungsberaubten hätte statt-

finden sollen, einen Kriminalbeamten, der beauftragt war, dem Wirt zu sagen, daß es die Polizeidirektion nicht gerne sieht, daß er den Unterstützungsberaubten einen Raum zur Aussprache gibt. Und da die Wirt wissen, daß sie bei Nichtbefolgung eines Wirtes von der Grazer Polizeidirektion ihren Schitanen ausgefegt sind, tun sie der Polizeidirektion ihren Willen. Der Wirt verweigerte also den Unterstützungsberaubten das Lokal.

Außerdem hatte die Polizeidirektion ein Ueberfallauto vor dem Versammlungslokal aufstellen lassen, mit der infamen Berechnung, daß der Anblick dieses Autos die Unterstützungsberaubten sicherlich zu Empörungsaussetzungen reizen wird, worauf die Polizei gleich einen Vorwand hätte, die Zusammenkommenden auseinanderzutrennen.

Der Plan ist ihr aber mißlungen. Die Unterstützungsberaubten sehen jetzt, daß sie mit dem geplanten Zusammenschluß wirklich am besten Wege sind, denn sonst würde sich die Polizeidirektion nicht so bemühen, diesen Zusammenschluß zu verhindern.

### Die Arbeiter in Wien und Graz über die Bremstaktik der Führer erbittert.

Nicht nur auf den Vertrauensmännerkonferenzen der S. P. in Wien und Graz zeigte die tiefe Gärung in den Massen. Als die lendenklamigen Resolutionen der Konferenzen in den Betrieben bekannt wurden, kam es zu stürmischen Aussetzungen. Vor allem in den Floridsdorfer und Simmeringer Betrieben, sowie in Grazer Betrieben. Ungeheuer ist die Begeisterung für die St. Lorenzer Arbeiter. Das Proletariat ist sich der Wendung, die mit St. Lorenzen beginnt, bewußt.

### Achtung! Mitglieder von Graz!

Samstag, den 31. August, findet eine **Vollversammlung** aller Parteigenossen im Parteilokal statt.

**Tagesordnung:**  
Die politische Lage und innere Aufgaben. Referent aus Wien.  
Es ist Pflicht aller Mitglieder pünktlich zu erscheinen.

### Die Exekutive. — Die Bezirksleitung Graz.

### Märtyrer des Proletariats.

In Klausenburg ist der rumänische Genosse Thaje Visschij nach 14-tägigem Hungerstreik gestorben. Als er bereits in Agonie lag, begnadigte ihn die Regierung, um sich von dem Mord freizumachen. Um nächsten Tag starb unser Genosse.

### Der Massenmord von Lupenz bleibt ungehört

Die rumänische Regierung hat beschloffen, die beiden Regierungskommandanten, die das Blutbad von Lupenz veranstalteten, „zur Disposition“ zu stellen und die befehlshabenden Vertreter von Lupenz (Präsident, Richter, Staatsanwalt) vorläufig ihrer Funktion zu entheben. Und diese „Enthebungen“ sollen die Sühne dafür sein, daß 34 Arbeiter erschossen wurden! Gleichzeitig verschärft die Regierung ihre blutigen Terrormaßnahmen gegen die revolutionären Arbeiter.

### Eords Siegeszug in Deutschland.

Das Berliner Werk der Ford-Motor-Comp. beschäftigt derzeit 351 Arbeiter und 66 Angestellte. Mittels der raffiniereten Methoden der Rationalisierung hat es die Produktion erreicht, daß diese geringe Belegschaft jährlich 17.500 Automobile und 4000 Fordson-Traktoren zusammenstellt. (Die Einzelbestandteile werden von Amerika geliefert.) Der Jahresumsatz der Gesellschaft in Deutschland betrug 1928 nicht weniger als 23 Millionen Mark.

### Allo Iprad Kopenig . . . .

Kauf dem 10. Plenum der Exekutive der Kommunistischen Internationalen.

Genosse Kopenig, den die unglückliche Hand irgend-eines Kommunistenvertreter zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei bejubelt hat, hielt am dem 10. Plenum des Effi eine große Red., in der er folgende tiefgründige Betrachtungen zum Besten gab:

„Die einsetzende Erwerbskrise, die Mietzinserschöpfung, die Rationalisierungsmaßnahmen werden neue Kämpfe in den Betrieben bringen, die im Zusammenhang mit der politischen Situation den Charakter früherer politischer Massen-kämpfe annehmen, wobei es sehr davon abhängt, inwiefern es der K.P. gelingen wird, auf diese Kämpfe führenden Einfluß zu bekommen.“

Wobei der gute Kopenig nur vergaß, wenigstens anzudeuten, wie er sich vorstellt, daß die Partei unter seiner Führung Einfluß auf diese Kämpfe gewinnt.

### Rationalisierung.

Der deutsche Anilberghau hat phantastische Rationalisierungserfolge zu verzeichnen. Die Erzeugungskapazität war 1921 zu 40 Prozent, 1927 zu 80 Prozent und 1929 zu 90 Prozent ausgereicht. Erprobung ist die Arbeiterzahl von 23.667 im Jahre 1913 auf 16.961 im Jahre 1927 gesunken und beträgt 1928, trotz Konjunktur, nur 14.235 Personen. Vor der großen Rationalisierung war der Führeranteil des einzelnen Arbeiters je Schicht im Jahre 1913 0.159 und 1924 0.198 Tonne. In den letzten zwei Jahren ist der Führeranteil auf 0.397 und 0.417 Tonne gestiegen. Die Leistung des Arbeiters ist seit 1913 um zirka 260 Prozent gestiegen. Die Löhne bleiben weit hinter der Leistungsförderung zurück. Der Durchschnittslohn war 1913 4.38 Mark und ist 1927 auf 7.67 Mark gestiegen. — Ein ähnliches Schicksal erwartet die englischen Bergarbeiter.

### Verschiedenes. Vaugoin auf dem Kriegsspiel.

Er verbietet ein pazifistisches Buch. Ungefähr vor einem Jahr erschien bei Ulstein, einem ausgesprochen bürgertlichen Verlag, das Kriegsbuch **Erich Maria Remarque**, „Im Westen nichts Neues.“ Wenn man das Buch vom Anfang bis zum Ende liest, wird man keinen einzigen tendenziösen Satz finden. Remarque ist weder Sozialist, noch Chauvinist. Wo haben wir also die Ursache zu suchen, daß dieses Buch binnen wenigen Monaten eine Auflage von 750.000 Exemplaren erreichte, und das von dem Buch des „Erbfeindes“ in Frankreich fast 200.000 Stück verkauft worden sind? Remarque hat mit seinem Buch nichts getan und nichts gewollt, als die Schrecken des Krieges aufzuzeichnen. Der Verfasser leitet sein Werk mit den Worten ein: „Dieses Buch soll weder eine Anklage noch ein Bekenntnis sein. Es soll nur den Versuch machen, über eine Generation zu berichten, die vom Kriege zerstört wurde, auch wenn sie keinen Granaten entkam.“ Die Schlussfolgerung, die Remarque selbst zieht, ist tief pessimistisch und lautet keinesfalls: Krieg dem Krieg! Auch der Herr Vaugoin hat das Buch gelesen und als guter Soldatenvater von anno 1914 hat er ein Machtwort gesprochen und bestimmt, daß dieses „verderbliche Machtwort“ in die Bibliotheken des Bundes-

heeres nicht aufgenommen werden dürfe. Sein Verbot hat er damit begründet, daß dieses Buch geeignet sei, den „Geist der Wehrhaftigkeit in der Jungmannschaft“ zu beeinträchtigen.

Der Spiegel einer bürgerlichen Republik

In Deutschland sitzen noch immer über vierhundert Defektoren wegen „Kriegsverbrechen“, wie Fahnenflucht usw. in den Gefängnissen. Der wirkliche, und größte Kriegsverbrecher, Wilhelm I. dagegen, bekam 300 Millionen Mark von der deutschen Reichsregierung als Abfertigung. Man müßte eigentlich staunen, daß eine bürgerlich-demokratische Republik solche Strafen aus der Monarchie noch zur Durchführung zuließe. Aber das ist eben die bürgerliche Republik, die im Spiegel gesehen, nicht anders aussieht als die Monarchie.

Wie es Platten treiben.

Ein richtiges Urteil.

Das Gericht in Samara in Sowjetrußland verurteilt sechs Geistliche eines Klosters zum Tode und einige andere zu Gefängnisstrafen von einem bis zu acht Jahren. Diese schwarzen Heuchler hatten Minderjährige geschändet und eines gemordet. Hinter den Kulissen der Kirchen- und Klostermauern treiben häufig sogenannte „Gottvertreter“ die schändlichsten Verbrechen, ohne in den meisten Fällen entdeckt zu werden.

Religion und Verbrechen.

Ein Genosse schreibt uns: Von Zeit zu Zeit mache ich mir das Vergnügen, obwohl ich selbstverständlich schon lange konfessionslos bin, zur Sonntagspredigt in die meiner Wohnung zunächstgelegene Kirche zu gehen. Ich wohne in einem Arbeiterbezirk, in dem seit dem 15. Juli die meisten Kirchenaustritte erfolgt sind. Unser Pfarrer hat begreiflicherweise nichts Besseres zu tun, als bei jeder Gelegenheit auf die gottverdamnten Konfessionslosen loszufahren. Wandtten, rote Fester, das sind nur ein paar Ausdrücke, mit denen er uns beneidet. Und da ist mir nun dieser Tage die ganz vorzügliche Propagandabroschüre des Genossen Prof. Partwig, des Vorstehenden der Internationalen proletarischen Freidenker, in die Hand gefallen. Da kann jeder schwarz auf weiß an Hand einer Statistik sehen, wie sich die Dinge in Wirklichkeit verhalten. Statistik, das ist kein Fluchen und Schimpfen, das ist wissenschaftliche, jederzeit zu überprüfende, Arbeit.

Wie sieht es nun mit dem Argument, daß Gottlosigkeit und Verbrechen identisch sind? Für jeden denkenden Arbeiter werden folgende Zahlen schon aufschlußreich sein: „Von je 1 Million über 10 Jahre alten Anhängern der folgenden Bekenntnisse begingen:

- a) Diebstahl: 788 Katholiken, 699 Protestanten, 483 Juden, 148 Konfessionslose.
b) Betrug: 93 Katholiken, 86 Protestanten, 131 Juden, 19 Konfessionslose.
c) Körperverletzung: 982 Katholiken, 744 Protestanten, 432 Juden, 201 Konfessionslose.
d) Totschlag und Mord: 6 Katholiken, 4 Protestanten, 5 Juden, 1 Konfessionsloser.
Unterem Pfarrer möchte ich gerne diese Zahlen mal unter die Nase halten, wenn er sich wieder im „heiligen Horn“ ereifert. Das fielen aber unter das Delikt der — Religionsführung.

Ueber Pünktlichkeit.

Die Schlampererei aus deinem Bürgerleben hast du als Wichtigkeit mit in unsern Kampf gebracht und hast gar oft mit deinem Volkeschreien Die beste Arbeit umgebracht. Es war Aktion und du bist nicht gekommen. Die Zeitung lag wie eine tote Faust. So hast du vielen oft den Mut genommen und mancher Hieb ist dann vorbei gesaßt. Wer seine Arbeit nicht mit peinlichem Gewissen und vollen Kräften ganz vollenden will. Der wird bald zu dem Bürgertum geschmissen. Durch seiner Saunen Müßelenspiel. Doch unser Ziel bleibt: seinen Schwung behalten, Die revolutionäre Leidenschaft, Die kleinste Arbeit groß gestalten, Durch Ernst und Sachlichkeit, durch Fleiß und Kraft.

Ein peinlicher Fall.

Der Pfarrer Müller aus Bollmannsdorf bei Keilse (Deutschland) stand als beflaggter Arbeitgeber am 20. Oktober 1928 vor Gericht, weil er sich weigerte, seiner ehemaligen Wirtschaftlerin Otto eine Rente von 20 Mark monatlich zu zahlen. Laut Aussage der Klägerin hatte er ihr die Rente verprochen. Da ein schriftlicher Vertrag nicht vorlag, fragte der Richter, bei welcher Gelegenheit der Pfarrer das Versprechen gegeben habe. Frau Otto antwortete: „Als wir zusammen im Bett lagen.“ Der Pfarrer wurde rot bis über die Ohren und konnte nicht widerstehen. Keuschheit, du schöne Tugend der verschiedenen Religion!

Wer Kinder bekommt wird auf die Straße geworfen.

Die bürgerliche Ordnung kommt auf Schritt und Tritt in die kraßesten Widersprüche. Die einen werden zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt, weil sie zu wenig Kinder zur Welt bringen, die anderen werden von den Hausbesitzern auf die Straße geworfen, wenn sie Kinder haben. So wurde z. B. in Hannover (Deutschland) eine Untermeisterin durch das Mieteneinigungsamt auf Antrag des Hausbesitzers auf

die Straße gesetzt, weil sie ein Kind gebar. In der Begründung heißt es u. a., daß die Mieterlaubnis nur für eine Person gegeben wurde, nicht aber für das Kind. Auch kann die Ruhe im Haus durch das Kind wesentlich gestört werden.

Ist diese Ordnung nicht schon längst reif für den Misthaufen?

Die deutschen Regierungssozialisten verraten die Arbeitslosen.

Auf Grund eines Abkommens zwischen den Sozialdemokraten, Zentrum, Deutschen Volkspartei und Demokraten wurde eine außerordentliche Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland beschlossene. Die Arbeiter in den Betrieben müssen ein halbes Prozent mehr einzahlen, was jährlich 70 Millionen Reichsmark ausmacht. Die Saisonarbeiter bekommen die Unterstützung erst nach drei Wochen Wartzeit (bis jetzt eine Woche), und zwar werden die Unterstützungssätze um die Hälfte gekürzt. Den Jugendlichen mit weniger als 12 Monaten Arbeit und weniger als 25 Mark Wochenlohn wird keine Unterstützung mehr gegeben. Gleichzeitig verlieren die Arbeitslosen einen Teil ihrer Ansprüche bei der Krankentafel.

Mit diesem ungeheuerlichen Attentat auf die Massen der Arbeitslosen hat die deutsche Sozialdemokratie die frühere Bürgerblockregierung weit übertroffen, die weit günstigere Bestimmungen eingeführt hatte.

Rumor.

- Marg: I hab's!
Mory: Was?
Marg: Die ganze SP.-Politik in zwei Worten.
Mory: Was haben die Wörter? Marg — Engels?
Marg: Nur Gebuld!
Mory: Ah so!

3. Parteitagung durch die Genossen: R. R. S. 2., Schneider S. —50, Suppan H. S. —50, W. hart S. —50, Schneider Aug. S. —50, Rosa H. S. 1., N. A. S. 1., Koch G. 6., Zusammen S. 12.—

Versand, gesendet durch die Genossen: R. R. S. —30, N. A. S. 1., Greiner S. —30, Schürer S. —50, Wühlg. S. 1., Karger S. —25, Grebien S. —25, Keller S. —50, Kollarisch S. —50, Flinand S. 10.75, Ertl S. —10, Neuhof S. —20, Bauer S. —20, Heiser Peter S. —30, Eisner S. —20, Rufmüller S. —20.

Ausgesteuert, welche bereit sind, gegen Entgelt als Kopiertratte zu wirken, mögen sich im Verwaltungslokal, Elisabethinergasse 20, in der Zeit von 4 bis 7 Uhr abends melden.

Der Alarm.

Von O. L. D'Or.

Der Vorsitzende des Dorfwirts rief den Sekretär zu sich und händigte ihm die Gerodde aus der Stadt gekommene Zeitung ein.

„Hast du gelesen?“ fragte kurz der Vorsitzende, indem er auf eine Notiz hinwies.

Der Sekretär begann zu lesen.

Die Notiz war, wie sie zu sein pflegt. Der Dorfkorrespondent, der sich wüßte dem Pseudonym „Der podennarbige Mischla“ verbarg, teilte mit, daß der hierfige Aulak ein Schuft und mit dem Popen befreundet sei, und daß in der Kfchalle nur drei Bücher vorhanden seien, und daß das Dach rinnt.

Während der Sekretär las, verschlang ihn der Vorsitzende mit dem Augen.

„Ist es vielleicht seine Arbeit?“ dachte er, während er jeder Bewegung der Muskeln im Gesichte des Sekretärs folgte.

Der Sekretär las die Notiz durch und dehnte vielsagend:

„Ja... Also, auch bei uns hat es begonnen... Wer könnte es sein?“

„Er verstellte sich“, dachte der Vorsitzende.

Er nahm die Zeitung, hörte aber nicht auf, den Sekretär mit den Augen zu durchbohren. Der Sekretär schöpfte Verdacht und dachte: „Vielleicht bist du es Bruder, willst von dir die Aufmerksamkeit ablenken. Wie wissen schon.“

Sie schieden voneinander, indem beide den festen Entschluß faßten, einander nicht aus den Augen zu lassen...

Nach einer Stunde wußte das ganze Dorf, was in der Zeitung stand. Jeden bewegten sonderbare Gefühle.

Einerseits — war man zufrieden. Alle haßten den Aulak Spiridon Stepanow und den Popen; man hatte sogar die Absicht, sie durchzuprügeln...

Andererseits aber — packte einen die Wut. Die Hauptursache war, daß man den Feind nicht kannte. Gott weiß, wer es war. Vielleicht steht er da, lacht, und morgen schon wird es ihm einfallen zu berichten, daß der und der seine Frau mit schlechten Worten beschimpft hat, oder dem Nachbarn im betrunkenen Zustande eins über die Fresse gegeben hat.

Man beschloß, koste es, was es wolle, den Dorfkorrespondenten zu finden.

Man kam auf den Gedanken, daß „Der podennarbige Mischla“ niemand anderer, als der gewesene Notarist Mischla Stworjow sein könnte. Er drohte schon lange.

„Na wartet“, pflegte er zu sagen, „ich bringe eure Schweinereien in die Zeitung. Da wird es was geben!“

Man beschloß ihn zu rufen. Als er über die Sache erfuhr, krächzte er vor Vergnügen und sagte mit unversäfftigstem Bedauern:

„Ach Brüder, daß ich nicht auf den Gedanken gekommen bin, es zu tun! Schade, sehr schade! Nun, hat sich ein anderer gefunden. Dank ihm, dem Genossen!“

Sichtlich, der Notarist hatte damit nichts zu tun. Plötzlich kam es über alle wie eine Erleuchtung.

Man hörte mehrere Stimmen auf einmal sagen: „Antoschka, der Bär! Antoschka, der Bär!“

„Das ist seine Arbeit!“

„Schlept ihn her!“

Antoschka, der Bär diente als Landarbeiter bei Spiridon Stepanow, über den in der Zeitung „stand“. Er diente bei ihm erst kurze Zeit. Man wußte nicht, woher er kam, er verkehrte mit niemanden, sprach sehr wenig und war immer düster und unfreundlich.

Niemand kannte seinen Namen, er wurde „Bär“ genannt, wegen seiner kolossalen und unförmlichen Figur, wegen seiner Hände und Füße, die den Bärenpfoten ähnlich sahen und wegen seiner enormen Kräfte.

„Seine Arbeit!“ schrien alle. „Ger mit ihm!“ Mit großer Mühe gelang es, Antoschka zu über-

reden, zur Kfchalle zu kommen, wo alle Bauern versammelt waren.

Er kam schweigend, stellte sich vor die ehrwürdige Versammlung und wartete schweigend der Dinge, die da kommen sollten.

„Du bist es?“

Man stieß ihm die Zeitung unter die Nase. Der „Bär“ hob erstaunt den Kopf auf.

„Wie der sich verstellte!“ hörte man jemanden zornig sagen, „wir kennen solche Einfaltspinsel!“

„Bär, gestehe!“

Der Bär verstand nichts. Jemand schlug vor: „Mischka, gib ihm eine, vielleicht erinnert er sich dann...“

Mischka, ein kräftiger Bauer, ein gewesener Forstbereiter an einem „Grafengut“ vor der Revolution, trat hervor, wagte aber nicht, ihm „eine zu verfesten“. Zu groß und stark war der Bär. Man lachte.

„Süchtest dich wohl? Ja, ja... Mit der „Grafenzit“ ist es vorbei!“

Mischka erröte und, unerwartet für sich selbst, sprang er auf den Bären los und verfestete ihm einen Stoß. Der Bär wurde wütend. Er hob mit einer seiner Pragen den unglückseligen vierzigjährigen Mischka in die Höhe, aber in diesem Moment überannan ihn von rückwärts der zwei Bauern. Zu diesen zweien gesellten sich noch fünf, und nach einigen Minuten lag der Bär unter einem ganzen Haufen wild gewordener Menschen, die ihn mit Füßen und Händen bearbeiteten.

Auf das Geschrei und Lärm kam die Dorfgemeinde gelaufen, der es mit großer Mühe gelang, den blutenden, abgemarterten, halb toten Bären zu befreien.

Am nächsten Tag begann die Untersuchung, wobei es sich herausstellte, daß der Bär — Alpha — bet war.

Unter dem Protokoll unterschrieb für ihn Mischka, der gewesene Forstbereiter im „Grafengute“.